

# DIE WELTWOCHEN



## **Auf dem Weg in den Abgrund**

Selenskyjs Blitzkrieg-Offensive ist zum Scheitern verurteilt.

*John J. Mearsheimer*

## **Schweizer, bleibt neutral!**

Nato-General *Harald Kujat* warnt Bern vor einem Nato-Beitritt.

## **Schuld, Schimpf, Schande**

Professor Jakob Tanners Abgesänge auf die Schweiz.

*Christoph Mörgeli*

**Selie der Grammatik**  
Ode an das  
Ausrufezeichen

4 194407 007406 36

# Zuwanderung ohne Grenzen: Was jetzt zu tun ist

Es fehlt nicht an gesetzlichen Grundlagen, sondern an tätigen Politikern.

Christoph Blocher

**O**ft werde ich angesichts der Bevölkerungsexplosion gefragt, was konkret gegen die drohende Zehn-Millionen-Schweiz zu tun wäre. Denn die Menschen können es fast nicht glauben, dass die Zuwanderung sogar in absoluten Zahlen jene von Deutschland übertrifft. Gemäss Uno-Zahlen wuchs die Schweiz 16-mal schneller als unser grosser nördlicher Nachbar. Selbst in absoluten Zahlen übertraf unser Land in den letzten zwanzig Jahren mit plus 1,5 Millionen Einwohnern das 9-mal grössere Deutschland mit lediglich plus 1,1 Millionen. Wenn wir die Migranten mit Flüchtlingsstatus berücksichtigen, sind nur ganz wenige Menschen nach Deutschland gezogen, obwohl es sich um den wirtschaftlich bei weitem führenden EU-Staat handelt.

Es ist ja selbstverständlich: Alle Zugewanderten brauchen eine Wohnung. Sie wollen mobil sein und ein Auto sowie den öffentlichen Verkehr nutzen. Sie benötigen Strom und Wasser, staatliche Leistungen, eine optimale Gesundheitsversorgung und ein erfolgreiches Schul- und Bildungssystem. Das bringt uns an die Grenzen. Im letzten Jahr kamen über 81 000 Zuwanderer aus dem EU/Efta-Raum und aus Drittstaaten,

rund 25 000 Asylsuchende und rund 70 000 ukrainische Flüchtlinge. Wohlverstanden: Es handelt sich hier um die Nettozahlen. Da können Journalisten noch so lange die Fake News verbreiten, es lebten Ende 2022 bloss 77 000 Menschen mehr in der Schweiz als ein Jahr zuvor. In der *Zeit* wollte ein Kommentator die Nettozuwanderung von 180 000 Menschen sogar halbieren mit der Behauptung, es hätten in dieser Zeit 90 000 Einwohner die Schweiz wieder verlassen. Wie wenn diese Abwanderung nicht längst berücksichtigt wäre.

Um den Missstand der zuwanderungsbedingten Bevölkerungsexplosion zu beheben, sind vier Massnahmen nötig.

## 1. Die ordentliche Zuwanderung ist an eine Arbeitsstelle und an die Deckung des erforderlichen Lebensunterhaltes zu binden.

Der Familiennachzug ist zu beschränken und eine dem Arbeitsmarkt entsprechende Kontingentierung durchzuführen. Diese Absage an die volle Personenfreizügigkeit ist detailliert in der Bundesverfassung festgehalten, weil Volk und Stände die Masseneinwanderungsinitiative am

9. Februar 2014 angenommen haben. Das Parlament hat diese Bestimmung pflichtwidrig nicht umgesetzt. Das muss unverzüglich an die Hand genommen und das entsprechende Gesetz beschlossen werden. Die SVP wird dies verlangen. Die Detailprüfung für Gesetz und Verordnung ist von der Verwaltung, das heisst vom Bundesrat zu verlangen.

## 2. Die verurteilten kriminellen Ausländer sind auszuschaffen.

Die Härteklausele, die heute in vielen Fällen der Ausschaffung entgegensteht, ist abzuschaffen, damit die hohe Ausländerkriminalität endlich zurückgeht.

## 3. Im Asylbereich sind die Missbrauchsfälle konsequent zu unterbinden.

Die sogenannten vorläufig Aufgenommenen, das heisst abgewiesene Asylsuchende, sind heimzuschicken. Der Grund einer nicht zumutbaren, momentanen Ausschaffung ist monatlich zu überprüfen. Dann würde festgestellt, dass bei einer Mehrheit der vorläufig Aufgenommenen das Hindernis der Ausschaffung wegfallen würde. Heute ist die Zahl der vorläufig Aufgenommenen in der Schweiz höher als die Zahl anerkannter Flüchtlinge. Eine Grosszahl der «vorläufig» Aufgenommenen bleibt während Jahren, ja für immer hier. Das animiert die Schlepper, immer neue, missbräuchliche Fälle in die Schweiz zu bringen.

## 4. Abgewiesene Asylbewerber, die nicht vorläufig aufgenommen wurden, sind unverzüglich auszuschaffen.

Das hindert die Schlepper in ihrer Tätigkeit, denn wenn ihre «Kunden» schnell wieder zu Hause sind, schadet dies ihrem «Business».

Dies alles sind zwar mühsame, aber wirkungsvolle Massnahmen. Es handelt sich um eine alltägliche Knochenarbeit. Und weil sie undankbar ist, erfinden die verantwortlichen Politiker immer neue Ausreden, um ihrem Auftrag aus dem Weg zu gehen. Also braucht es im Parlament mehr pflichtbewusste Köpfe, die es endlich tun. Am 22. Oktober können die Bürgerinnen und Bürger zum Rechten schauen.

Christoph Blocher war von 2003 bis 2007 Bundesrat und Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements.



Alle brauchen eine Wohnung, Strom und Wasser: Grimselsee mit Lauteraargletscher.